

# Ein ostdeutscher Marsch durch die Institutionen?

## Politische Partizipation vom Spät- zum Postsozialismus

---

Anja Schröter

### Abstract

*Because of the GDR's construction policy in the 1980s, entire districts of old apartment buildings were replaced with new ones. However, citizens organized to protest the demolition of old apartment buildings and, thus, against the SED's official policy. Often, they used the Party's official structures to organize their protests. This essay discusses the rise of citizens' collective action in response to urban development before 1989 and how that history shaped collective actions in and after 1989, especially in the east of reunified Germany.*

### Keywords

1980s, 1989/90, East Germany, GDR, Political Participation

Ist in der Rückschau auf die DDR vom Engagement der Bürger\*innen die Rede, richtet sich der Blick vornehmlich auf das »Mitmachen« im Sinne des Regimes oder aber – besonders für die letzten Jahre der DDR – auf die unter dem Dach der Kirche engagierten Akteur\*innen. Doch auch im Umfeld staatlicher Organisationen, so die These dieses Beitrags, zeigte sich im Laufe der 1980er Jahre bereits dialog- und partizipationsorientiertes Handeln, das von den Vorstellungen des Regimes abwich. Um dieses Engagement in der Grauzone zu untersuchen, fokussiert der Werkstattbericht auf stadtentwicklungspolitische Initiativen. Am Fallbeispiel der *Interessengemeinschaft Stadtgestaltung* (IGS)<sup>1</sup> in Dessau wird beleuchtet, wie die Engagierten die Grenzen des Sag- und Machbaren ausweiteten und ihre politische Teilhabe in der revolutionären Phase und unter postsozialistischen Bedingungen weiterverfolgten. Im Mittelpunkt steht die Frage, inwieweit bereits vor 1989 »gesellschaftliche Sphären«<sup>2</sup> entstanden, in denen sich zivilgesellschaftliche Diskurse und Partizipationsformen entwickeln konnten. Die Analyse dieser Prozesse weitet auch den Blick auf die gesellschaftlichen Dynamiken und Bedingungen des Wandels in der DDR. Der Beitrag steht damit im Kontext eines breiter angelegten Forschungsprojektes zur langen Geschichte der ost-

---

1 Die Bezeichnung variiert. Im Sinne der Einheitlichkeit wird die Bezeichnung IGS verwendet.

2 Nada Boskovska, Daniel Ursprung und Angelika Strobel im Hinblick auf den Öffentlichkeitsbegriff im osteuropäischen Kontext, vgl. dies., Einleitung, in: dies. (Hg.), »Entwickelter Sozialismus« in Osteuropa. Arbeit, Konsum und Öffentlichkeit, Berlin 2016, S. 13f.

deutschen »Wende«<sup>3</sup> und diskutiert, welche Bedeutung jene stadtentwicklungspolitischen Initiativen darin einnahmen.

Als in den 1980er Jahren ganze Altbauviertel der neubauorientierten DDR-Baupolitik weichen sollten, organisierten und engagierten sich Bürger\*innen an der Basis der offiziellen Organisationswelt des SED-Regimes gegen den Verfall und den Abriss der Häuser. Ein bekanntes Beispiel hierfür sind die sogenannten WBA-ler im Prenzlauer Berg, die den Flächenabriss rund um die Oderberger Straße und später die Rykestraße verhinderten. Die Anwohner\*innen hatten sich bereits seit Anfang der 1980er Jahre zusammengefunden und nutzten den örtlichen Wohnbezirksausschuss (WBA) ab 1986, um Öffentlichkeit für ihre lokalpolitischen Interessen herzustellen und sie durchzusetzen. Ausweislich der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit sagte der WBA-Vorsitzende Bernd Holtfreter 1986, er habe dort »seine Nische auf dem langen Weg durch die Institutionen gefunden«.<sup>4</sup> Anlässlich der Kommunalwahl 1989 machten die WBA-Mitglieder einen weiteren Schritt in Richtung politischer Partizipation: Sie stellten zwei eigene Kandidaten für die Liste der Nationalen Front auf, beobachteten die Wahl und legten Einspruch gegen die Wahlfälschung ein. Nach 1990 stand erneut der Erhalt des lokalen Lebensumfeldes zur Debatte. Die ehemaligen WBA-Akteur\*innen organisierten sich bewusst unter dem WBA-Kürzel und leiteten daraus den Namen für das Aktionsbündnis »Wir Bleiben Alle!« (W.B.A.) ab, das sich gegen Mieterhöhungen und die Veränderungen der Sozialstruktur im Prenzlauer Berg wandte. Die Akteur\*innen mobilisierten wiederum breitere Bevölkerungsschichten – mitunter nun massenhaft mit Demonstrationen von bis zu 20.000 Menschen.<sup>5</sup>

Der stadtentwicklungspolitischen Initiative gelang es, sich unabhängig vom kirchlichen Schutzraum zu organisieren, indem sie sich staatliche Strukturen zu eigen machte. Die Initiator\*innen schufen »über die privaten »Nischen« [...] hinaus einen kleinen öffentlichen Raum«<sup>6</sup>. Der Prenzlauer Berg, der häufig als spezielles Beispiel gilt, ist kein Einzelphänomen. Auch in anderen Städten der DDR gab es Engagierte, die sich gegen den Abriss historischer Substanz in Altbauvierteln organisierten. Parallel zu den Entwicklungen im Prenzlauer Berg entstanden z.B. in Schwerin, Erfurt oder Dessau in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ähnliche Initiativen.

Die räumliche Bandbreite des Phänomens zeigt etwa die Überlieferung des Informations- und Beratungszentrums für bürgernahe Stadterneuerung (IBIS) im Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft in Berlin. Die IBIS-Mitglie-

3 Siehe dazu auch das Projekt: »Die lange Geschichte der »Wende«. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989«: <http://zzf-potsdam.de/de/forschung/linien/die-lange-geschichte-der-wende-lebenswelt-systemwechsel-ostdeutschland-vorwaehrend> (letzter Zugriff 13.6.2019).

4 OPK »Hirschhof«, Operative Information, Berlin, 1.10.1986, Robert-Havemann-Gesellschaft (RHG)/ BHo 05 (BStU-Kopie, MfS, BV Berlin, KD Prenzlauer Berg XX/2042/86, mit Notizen von B. Holtfreter, 1986–1988), o. P.

5 Siehe u. a. Bernd Holtfreter, Die ganze Oderberger in einem Hochhaus der Michelangelostraße, in: Barbara Felsmann, Annett Gröschner (Hg.), Durchgangszimmer Prenzlauer Berg. Die Berliner Künstlersozialgeschichte in Selbstauskünften, Berlin 1999, S. 178; Matthias Bernt, Andrej Holm, Wir bleiben Alle? Berlin-Prenzlauer Berg. Betroffenenmobilisierung unter Verdrängungsbedingungen, in: Stadtrat (Hg.), Umkämpfte Räume, Hamburg u. a. 1998, S. 155.

6 Hans M. Kloth, Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«, Berlin 2000, S. 258.

der hatten im Rahmen einer stadtsoziologischen Studie Anfang der 1990er Jahre über 50 vor und nach 1989 entstandene Initiativen befragt.<sup>7</sup> Das Engagement reichte weit über die bekannten Beispiele des Berliner WBA und der Potsdamer ARGUS bzw. AG Pfingstberg<sup>8</sup> hinaus. Es handelt sich somit um eine Entwicklung, die sich in den letzten Jahren der DDR an den verschiedensten Orten zeigte. Im Folgenden wird exemplarisch die Initiative in Dessau in den Blick genommen.

## Die IGS Dessau im Jugendklub

In Dessau war im Zweiten Weltkrieg fast die gesamte Innenstadt zerstört worden. In der Zeit danach wurde Dessau zur sozialistischen »Aufbaustadt«, neue Wohnsiedlungen wurden gebaut. 1972 wurde Dessau aufgrund der gestiegenen Bevölkerungszahl zur Großstadt, in den 1980er Jahren zählte sie über 100.000 Einwohner\*innen.<sup>9</sup> Im April 1987 gründete sich dort die *Interessengemeinschaft Stadtgestaltung* mit ca. 30 Mitgliedern. Als Initialzündung für diesen zunächst lockeren Zusammenschluss, der sich dem Thema Stadtgestaltung widmete, beschreibt der Mitbegründer Burghard Duhm eine private Fahrradtour ins nahe gelegene Wörlitz. Dabei wurde untereinander über die häufig verfallende Bausubstanz und die Probleme des Denkmal- und Umweltschutzes insgesamt diskutiert.<sup>10</sup>

Der gebürtige Dessauer Burghard Duhm arbeitete seit 1987 als stellvertretender Leiter im Dessauer Kreuzberg-Jugendklub. Der *Kreuzer* war 1987 im Wohngebiet Kreuzberge im südlichen Teil der Stadt entstanden. Er war rechtlich der Abteilung Kultur beim Rat der Stadt unterstellt, wurde politisch und fachlich aber von der FDJ-Kreisleitung angeleitet.<sup>11</sup> Der Stadtgestaltungsgruppe bot sich dort die Möglichkeit einer institutionellen Anbindung. Denn Duhm griff nach eigener Aussage im Gegensatz zu den üblichen Zirkeln, die sich etwa der Handarbeit widmeten, lieber Themen wie Jazz oder eben Denkmalpflege bzw. Stadtgestaltung auf.<sup>12</sup>

7 Siehe auch Anja Schröter/Clemens Villinger, Anpassen, aneignen, abgrenzen: Interdisziplinäre Arbeiten zur langen Geschichte der Wende, in: Zeitgeschichte-online, März 2019, <http://zeitgeschichte-online.de/thema/anpassen-aneignenabgrenzen-interdisziplinaraearbeiten-zur-langen-geschichte-derwende> (letzter Zugriff 26.4.2019).

8 Bekannte Beispiele finden sich in Potsdam mit der ARGUS (vgl. Anne Steinmetz, Mit ARGUS-Augen. Politisch-alternativer Umweltschutz im DDR-Kulturbund am Beispiel Potsdams, in: Jutta Braun/Peter Ulrich Weiß (Hg.), *Agonie und Aufbruch. Das Ende der SED-Herrschaft und die Friedliche Revolution in Brandenburg*, Potsdam 2014, S. 212–231) und der AG Pfingstberg (vgl. Ruth Wunnicke, »Wir wollten einfach etwas machen«. Bürgerschaftliches Engagement in der DDR am Beispiel der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft Pflingstberg, in: Braun/Weiß, *Agonie*, S. 232–257).

9 Vgl. Wendelin Strubelt, Jena. Dessau. Weimar – Städtebilder in der Transformation 1988–1990. 1995–1996, Opladen 1997, S. 193–196.

10 Vgl. Gespräch mit B. Duhm am 12.11.2018, Privatarchiv Schröter; Burghard Duhm, *Interessengemeinschaft Stadtgestaltung*, in: Projektgesellschaft mbH am Bauhaus Dessau (Hg.), *I. Bauhausbrief*, Alheim 1991, o. P.

11 Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage im Jugendklub der FDJ »Am Kreuzberg«, Dessau, 5.4.89, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 234 Teil 1 v. 2, Bl. 15f.

12 Vgl. Gespräch mit B. Duhm; *Schlagsahne* (1987) 2, Privatarchiv Duhm/Fackiner, o.P.

Dass sich die Gruppe im Jugendklub traf, blieb auch dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) nicht verborgen. In einem Bericht der Kreisdienststelle Dessau heißt es, Duhm habe sich um Arbeitsgruppen »als Möglichkeit zur Zusammenführung von intellektuellen sowie der Parteipolitik kritisch gegenüberstehenden Personenkreisen« bemüht.<sup>13</sup> Kultur-Abteilung und FDJ-Kreisleitung seien ihrer Verantwortung »nur unzureichend« nachgekommen. Jugendklubs wie der Kreuzer seien in »Ausrichtung und Gestaltung ihrer Aktivitäten [...] weitgehendst auf eigene [...] Initiativen angewiesen«.<sup>14</sup> Im Kreuzberg-Jugendklub seien deshalb Voraussetzungen geschaffen worden, dass »negative und politisch-indifferente Personen [...] Handlungs- und Entscheidungsbezugnis erhalten, die zum Mißbrauch der Jugendarbeit« geführt hätten.<sup>15</sup>

Burghard Duhm beschreibt das Klientel des Jugendklubs und damit auch einen Teil der IGS-Mitglieder hingegen als »bunten Haufen«: kirchliche und nicht-kirchliche Ausreiseantragsteller\*innen, Punks, Handwerker\*innen, später auch Architekt\*innen und Stadtplaner\*innen.<sup>16</sup> Aktiv wurde die IGS in verschiedener Hinsicht, etwa als sie dem Friedhofsverwalter Volker Wotzlaw seit Mai 1988 mit regelmäßigen Arbeitseinsätzen bei der Pflege des denkmalgeschützten israelitischen Friedhofes in Dessau-Süd halfen und diesen samt Stadtmauer restaurierten.<sup>17</sup> Zudem initiierte die IGS im November 1988 eine Ausstellung mit dem Titel *Schemah Jisrael – Juden in Anhalt*, mit der sie »zum Nachdenken und zur Diskussion anregen«<sup>18</sup>, Kritik am Umgang mit der eigenen Geschichte üben und auf die Vernachlässigung der jüdischen Geschichte in der DDR hinweisen wollten.<sup>19</sup> Wotzlaw meint rückblickend, die IGS-Mitglieder hätten etwas gesucht, um sich frei entfalten zu können. Mit dem Engagement rund um den jüdischen Friedhof hätten sie einen konkreten Gegenstand gefunden, an dem sie sich abarbeiten konnten.<sup>20</sup> Laut Duhm wollten sie nicht nur rummeckern, sondern »eigeninitiativ nicht-verordnete« Arbeit leisten.<sup>21</sup> Die IGS war bereits im Jugendklub an der Basis der staatlichen Organisationswelt des SED-Regimes angebunden. Sie sollte jedoch nicht nur die Institution, sondern auch den räumlichen Fokus ändern.

---

13 Einschätzung der politisch-operativen Lage im Jugendklub der FDJ »Am Kreuzberg«, Dessau, 5.4.89, BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 567, Bl. 4.

14 Einschätzung der politisch-operativen Lage im Jugendklub der FDJ »Am Kreuzberg«, Dessau, 5.4.89, BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 234, Bl. 16.

15 Einschätzung der politisch-operativen Lage im Jugendklub der FDJ »Am Kreuzberg«, Dessau, 5.4.89, BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 567, Bl. 2.

16 Vgl. Gespräch mit B. Duhm. Auch wenn sich bisher nur Männer zum Oral History-Interview bereit erklärten, geht aus seinen Erzählungen und verschiedenen Dokumenten hervor, dass auch Frauen beteiligt waren.

17 Vgl. Initiative im Klub, Mitteldeutsche Neueste Nachrichten, 19.5.1988, o. P.; Schlagsahne (1988) 2, PrivArch Duhm/Fackiner, o. P.

18 Schlagsahne (1988) 6, PrivArch Duhm/Fackiner, o. P.

19 Vgl. Gespräch mit B. Duhm.

20 Vgl. Interview mit V. Wotzlaw am 19.11.2018, PrivArch Schröter.

21 Gespräch mit B. Duhm.

## Vom Kreuzer zum Bauhaus – von Süd nach Nord

Die Geschichte Dessaus ist auch mit der wechselhaften Entwicklung des Bauhauses verknüpft. Verwiesen sei etwa darauf, dass das SED-Regime besonders seit den 1950er Jahren mit der Bauhausstradition gehadert hatte, bevor es diese für die Effektivierung des Wohnungsbaus durchaus nützliche Perspektive integrierte. So kam es auch erst 1976 zur Rekonstruktion des Bauhausgebäudes und 1986 zur Ansiedlung des *Zentrums für Gestaltung der DDR*.<sup>22</sup> Im Frühjahr 1988 wurde zur Förderung der Bauhausidee ein *Freundeskreis Bauhaus* (FKB) als eine Interessengemeinschaft des Kulturbundes gegründet.<sup>23</sup> Zunächst existierten im FKB fünf Interessenkreise zu Themen wie der Bauhausgeschichte. Duhm wechselte mit Beginn des Jahres 1989 in die Öffentlichkeitsarbeit des Bauhauses und übernahm auch die Leitung des im FKB angebandenen Jugendklubs.<sup>24</sup> Mit ihm fand auch die IGS im FKB eine inhaltliche und institutionelle Anbindung. Wie das MfS feststellte, genoss Duhm mindestens im ersten Halbjahr mangels eines Funktionsplanes für seine Arbeit »relativ große Freiräume bei der Festlegung von Schwerpunkten und Zielrichtungen seiner Tätigkeit« und nutzte sie, um »die Tätigkeit der [IGS, A.S.] des Freundeskreises Bauhaus weiter zu intensivieren«.<sup>25</sup> Dies zeigt auch ein zu Beginn des Jahres 1989 gefertigter IGS-Arbeitsplan. Das Programm umfasste weiterhin regelmäßige Friedhofseinsätze, sah aber auch monatlich eine städtebauliche Fachveranstaltung vor: Die Themen reichten von Projektierung, Soziologie oder Gebäudewirtschaft über Altbau und Modernisierung bis zur Nutzerbeteiligung und Demokratisierung im Städtebau.<sup>26</sup> Jens Fischer, selbst IGS-Beteiligter und als Architekt Mitarbeiter im Bauhaus, hatte bereits 1988 im 2. *Forschungskolloquium am Bauhaus Dessau* erklärt, die Nutzer\*innen von Räumen, Gebäuden bzw. der Stadt seien nicht mehr nur über Veränderungen zu informieren, sondern als kompetente Partner in die Entscheidungsfindung und Planung einzubeziehen. Fischer empfahl dies besonders in Hinblick auf die Eigeninitiative bei der Rekonstruktion, Modernisierung und Instandsetzung der Altbausubstanz. Er schlug vor, langfristig ein Rekonstruktionsbüro einzurichten, in dem die aktuellen und künftigen Bewohner\*innen Beratung zur Nutzung erhalten sollten.<sup>27</sup>

Die IGS fokussierte auf die Stadtgestaltung und speziell die Zukunft des Altbauviertels Dessau-Nord. Im Gegensatz zu anderen Initiativen verlagerte sie also ihren Aktionsraum in einen anderen Stadtteil bzw. weitete ihn aus. Lediglich in Dessau-Nord waren nach dem Zweiten Weltkrieg noch große Teile des Altbaubestandes mit

---

22 Harald Kegler, *Das Bauhaus – eine Annäherung*, in: Torsten Blume/Heike Brückner/Jens Köster (Hg.), *Vom Bauhaus nach Bitterfeld. Reise zu den Ursprüngen des modernen Lebens*, Berlin 1998, S. 19. Siehe auch Wolfgang Thöner, *Rezeption Ost. Unbequemes Erbe*, in: *Bauhaus. Vorschau 100*, Henselmann Beiträge zur Stadtpolitik (2018) 1, S. 22–23.

23 Vgl. Einladung zur Gründungsveranstaltung des Freundeskreis Bauhaus am 20.8.1988, PrivArch Schröter, o. P.; Arbeitsprogramm, 20.3.1988, PrivArch Schröter, o. P.

24 Vgl. Birgit Pappé, *Erste Lebenszeichen vom neuen Bauhaus-Jugendklub*, *Freiheit*, 23.12.1988, S. 8.

25 Sachstandbericht, Dessau 22.6.89, BStU, MfS, BV Halle, AKG ZMA, Nr. 2116, Bl. 5.

26 Vgl. Freundeskreis Bauhaus, *Arbeitsplan der IG Stadtgestaltung 1989*, o. D., o. P.

27 Vgl. Jens Fischer, *Beitrag zum 2. Forschungskolloquium Nutzerbeteiligung bei der Stadtgestaltung, Bauhaus Dessau*, Oktober 1988, PrivArch Duhm/Fackiner, Bl. 1–4.

Fachwerk- und Gründerzeithäusern erhalten.<sup>28</sup> Wie auch andernorts in der DDR wahrlosten die Altbauten, während das SED-Regime in Neubausiedlungen investierte. In Dessau-Nord lebten häufig Studierende, vermeintliche »Asoziale« und »Querulanten«, aber auch Angehörige der Arbeiterschaft sowie ältere Menschen und Großfamilien.<sup>29</sup>

Bereits im März 1988 wurde die Fotoausstellung *Dessauer Bilder* eines IGS-Mitgliedes im Kreuzberg-Jugendklub gezeigt. Die Bilder dokumentierten den Verfall der Altbauten und setzten sich nach eigener Aussage »mit unserer Wohnumwelt auseinander«<sup>30</sup>. Über ihre Motivation sagen die Beteiligten, sie seien unzufrieden gewesen – unzufrieden mit dem Verfall historischer Bausubstanz, aber auch insgesamt.<sup>31</sup> Als große Teile Dessau-Nords abgerissen und durch Plattenbauten ersetzt werden sollten, protestierte die IGS besonders ab Ende 1988 massiv dagegen. Das MfS notierte über die IGS-Aktivitäten:

»In Eingaben an den Rat der Stadt sowie bei den durch Vertreter der öffentlichen Staatsorgane durchgeführten Beratungen, an denen mehrere Mitglieder der [IGS, A.S.] teilnahmen, wurden die vorgesehenen baulichen Maßnahmen in Dessau-Nord kritisiert und Mitbestimmung an Entscheidungen zum komplexen Wohnungsbau gefordert.«<sup>32</sup>

So beklagte ein IGS-Mitglied etwa in einer »Beschwerde wegen Umgang mit Bau- und Wohnsubstanz«<sup>33</sup> im Januar 1989 gegenüber dem Dessauer Oberbürgermeister den ruinösen Zustand zweier Häuser. »Ich frage sie hiermit, ist das in Bezug auf die Lösung des Wohnungsproblems bis 1990 und der neuen städtebaulichen Konzeptionen in der DDR noch zu verantworten?« Das Initiativ-Mitglied nutzte hier die Instrumente des »gelernten DDR-Bürger[s]«<sup>34</sup>. Denn die Eingabe galt als probates Mittel, mit den Herrschenden in Kontakt zu treten und Anliegen zu kommunizieren. Sie war zudem mit einer eigenen Kultur des Eingaben-Schreibens verbunden.<sup>35</sup> So richteten die Verfasser\*innen ihre Eingaben häufig auch an höhere Instanzen, um Handlungsdruck zu erzeugen und rekurrerten etwa auf öffentliche Verlautbarungen. Entsprechend richtete sich die Dessauer Beschwerde nicht etwa an das zuständige Büro für Städtebau bzw. den Stadtarchitekten, sondern an die kommunal höchste Ebene, den Oberbürgermeister. Das IGS-Mitglied appellierte außerdem an vom Regime propagierte Ziele in der Wohnungsfrage und kontrastierte sie mit den vorhandenen Defiziten. Darüber

28 Vgl. Duhm, Dessau-Nord, o.D., PrivArch Duhm/Fackiner; Strubelt, Jena, S. 194.

29 Vgl. Jens Fischer, Vom Untergang, in: KIEZ e.V. (Hg.), Dokument KIEZ, o.O. 1995, S. 20; Burghard Duhm, Das Nordquartier, in: Blume/Brückner/Köster, Bauhaus, S. 82; Regina Bittner, Bauhausstadt Dessau. Identitätssuche auf den Spuren der Moderne, Frankfurt a.M. 2010, S. 110.

30 Schlagsahne (1988) 2, PrivArch Duhm/Fackiner, o. P.

31 Vgl. Gespräch mit B. Duhm; Interview mit V. Wotzlaw.

32 Sachstandbericht, Dessau, 22.6.89, BStU, MfS, BV Halle, AKG ZMA, Nr. 2116, Bl. 6.

33 Beschwerde wegen Umgang mit Bau- und Wohnsubstanz, Dessau, 7.1.1989, PrivArch Duhm/Fackiner, o. P.

34 Steffen H. Elsner, Zur praktischen Bedeutung von Eingaben in der DDR, in: Reinhard Bockhofer (Hg.), Mit Petitionen Politik verändern, Baden-Baden 1999, S. 49.

35 Weiterführend zur Eingaben-Rhetorik siehe u.a. Felix Mühlberg, Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR, Berlin 2004.

hinaus wurde ein Mindestmaß an Bausicherung eingefordert und gefragt: »Soll gewartet werden, bis auch dort die Feuchtigkeit im ganzen Haus ist, so dass ein Abriss notwendig scheint?« Hier findet sich eine Anspielung auf eine Praxis der kommunalen Verantwortlichen, von der auch Vertreter\*innen anderer Altstadtinitiativen in der DDR erzählen. Die Strategie sei gewesen, die Häuser verfallen zu lassen, bis sie nur noch abgerissen werden konnten, bzw. sie als abbruchreif einzustufen, obwohl dies nicht notwendig gewesen sei, um einen Neubau zu rechtfertigen.<sup>36</sup>

Das IGS-Mitglied verstand die Eingabe außerdem im Sinne der »Veröffentlichung im Neuen Deutschland [...] als Möglichkeit des Dialogs und zur Aufdeckung von Reserven und zur Einbeziehung der Bürger in den Stadtplanungs- und Stadtgestaltungsprozess.« Der Bezug auf eine offizielle Verlautbarung im Zentralorgan der SED sollte auch die Forderung einer Einbeziehung der Bürger\*innen in den Willensbildungsprozess legitimieren.

Jenseits solcher Eingaben machten die IGS-ler heimlich Gebäudeanalysen. Nach einem simplen Raster erfassten sie den Zustand der Häuser und wiesen nach, dass weniger Gebäude abbruchreif waren als von den Verantwortlichen der Stadt behauptet. Sie machten zudem konkrete Vorschläge, wie die Bauten erhalten werden könnten.<sup>37</sup> Mit diesen Ergebnissen suchten sie das Büro für Stadtplanung auf. Die Initiative erwirkte, dass die Pläne für Dessau-Nord öffentlich ausgelegt wurden.<sup>38</sup> Im Frühjahr 1989 war »für jeden einsehbar«, dass ca. 600 Wohnungen abgerissen und 800 neu gebaut werden sollten. An vier Mittwochen kamen jeweils ca. 150 Interessierte und konnten ihre Meinung in einem Besucherbuch äußern. Der offiziellen Tagespresse zufolge bekundeten sie sowohl Zustimmung zum als auch Kritik am Abriss. Die Abriss-Pläne wurden schließlich zurückgestellt.<sup>39</sup> Alle Bauten konnten aber nicht gerettet werden. Lokal berühmt gewordenes Beispiel sind die kleinen ein- bis zweistöckigen sogenannten Fischerhäuser in der Angerstraße, von denen heute nur noch vier erhalten sind und unter Denkmalschutz stehen.

Ähnlich wie die WBA-ler im Prenzlauer Berg beobachteten auch die IGS-Mitglieder die Kommunalwahl im Mai 1989 und protestierten mittels Eingabe gegen die Wahlfälschung.<sup>40</sup> In einer Eingabe listeten sie Mängel und Manipulationen wie die Einsehbarkeit von Kabinen und die Umwertung von Streichungen in Ja-Stimmen auf. Allein die von ihnen in nur zwölf Wahllokalen gezählten Nein-Stimmen übertrafen die offiziellen Verlautbarungen für das gesamte Gebiet Dessau.<sup>41</sup> Mit der Wahlkon-

36 Vgl. u.a. Guido Berg, 1986 starb die DDR, Potsdamer Neuste Nachrichten, 8.9.2009, [www.pnn.de/potsdam/von-guido-berg-1986-starb-die-ddr/22219062.html](http://www.pnn.de/potsdam/von-guido-berg-1986-starb-die-ddr/22219062.html) (letzter Zugriff 12.9.2018).

37 Vgl. Freundeskreis Bauhaus, Gruppe Stadtgestaltung: Anlage 2, Dessau, 2.2.1989, PrivArch Duhm/Fackiner, Bl. 133–134.

38 Vgl. Duhm, Interessengemeinschaft; Einschätzung zur Persönlichkeit der Zielperson der OPK »Bauhaus«, Dessau, 19.6.89, BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, ZMA, Nr. 7534, Bl. 14; Sachstandbericht, Dessau, 22.6.89, BStU, MfS, BV Halle, AKG ZMA, Nr. 2116, Bl. 7; Gespräch mit B. Duhm.

39 Vgl. Duhm, Interessengemeinschaft; Bildunterschrift, Freiheit, 19.1.1989, S. 8; Konsultationsstützpunkt für Nord wurde geschaffen, Freiheit, 14.3.89, S. 8; Baupläne sind für jeden einsehbar, Freiheit, 29.3.1989, S. 8.

40 Vgl. Operative Information zu einer Eingabe über die Durchführung der Kommunalwahl am 07.05.89 in Dessau, 5.6.89, BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, ZMA, Nr. 6455, Bl. 2.

41 Vgl. ebd.

trolle und der Forderung nach Neuwahlen gingen sie – wenn auch nicht mit eigenen Kandidat\*innen – ebenfalls einen weiteren Schritt in Richtung einer politischen Partizipation, losgelöst von einem spezifischen Thema wie der Gestaltung der Stadt und des eigenen Lebensumfelds. Die führenden Protagonist\*innen wiesen laut MfS-Berichten<sup>42</sup> auch konkrete Schnittmengen mit kirchlichen Kreisen auf, in deren Umfeld in der Wahlfrage besonders kritisch agiert worden war.<sup>43</sup> Es ist noch zu klären, ob und wie verbreitet das regimekritische Wahlangagement bei Initiativ-Mitgliedern in Dessau und anderen Städten war – insbesondere auch bei jenen, die keine direkten Kontakte zu Kirchenkreisen hatten. Zudem sollte ergründet werden, woraus sich ihre Motivation speiste. Trugen die gemachten Erfahrungen bei der Arbeit der Initiative zu diesem Schritt bei?

Als die Initiative im Sommer ein Wohngebietsfest im Altbauviertel Dessau-Nord plante, sah das MfS darin die »Aktivierung der Bewohner zur Erhaltung der ›städttebaulichen Spezifik der Altbausubstanz dieses Wohngebietes««. Die Presse-Ankündigung des Festes sollte dabei »offenbar staatlichen Maßnahmen zur Unterbindung bzw. Einschränkung dieser Aktivitäten entgegenwirken«.<sup>44</sup> Das Fest wurde frühzeitig von den Sicherheitsorganen beendet.<sup>45</sup>

## Die IGS im KIEZ

Im Sommer 1989 dezimierte sich das Umfeld der IGS im Zuge der Ausreisewelle stark. Der *Freundeskreis Bauhaus* musste die IGS im September auf Druck »von oben« ausschließen. Die Räumlichkeiten des Kulturbundes nutzte die IGS trotzdem und die Verbindung zum Bauhaus blieb ebenfalls bestehen.<sup>46</sup> Schon seit Anfang 1989 hatte die Initiative gemeinsam mit dem in der IGS engagierten Architekten Jens Fischer ein altes Gebäude gesucht, in dem sie das Nutzerbeteiligungs-Projekt verwirklichen konnten – der Grundstein für das *Kommunale Einwohner- und Informationszentrum* (KIEZ). Wie die DDR befand sich aber auch die IGS im Umbruch. Die Interessen der Mitglieder begannen sich zu verzweigen.

Nach dem Mauerfall trieben Jens Fischer und einige andere das KIEZ-Projekt weiter voran und instand(be)setzten Anfang 1990 das ausgesuchte Haus im Altbauviertel. Anders als etwa die Potsdamer Hausbesetzer\*innen gehörten die IGS/KIEZ-ler jedoch nicht der als »Antifa« bekannten Szene an.<sup>47</sup> So antworteten Fischer und andere

42 Vgl. Sachstandbericht, Dessau, 22.6.89, BStU, MfS, BV Halle, AKG ZMA, Nr. 2116, Bl. 5–6.

43 Siehe u.a. Kloth, »Zettelfalten«.

44 Information Nr. 1058/89: Geplante öffentlichkeitswirksame Aktivitäten durch die Arbeitsgruppe Stadtgestaltung des Freundeskreises Bauhaus, Dessau, 5.6.89, BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, ZMA, Nr. 7534, Bl. 9-10.

45 Vgl. BI KIEZ, IBIS-Fragebogen, Dessau, 9.3.1991, RHG/IBIS 25, o. P.; Duhm, Interessengemeinschaft; Thomas Steinberg, »Es war ein Sommer der Depression«, Mitteldeutsche Zeitung, 25./26.10.2014; Gespräch mit B. Duhm.

46 Vgl. u.a. Gespräch mit B. Duhm.

47 Vgl. zur Entwicklung in Potsdam: Jakob Warnecke, *Wir können auch anders. Entstehung, Wandel und Niedergang der Hausbesetzungen in Potsdam in den 1980er und 1990er Jahren*, Berlin 2019. Darüber hinaus können auch die unterschiedlichen Entwicklungen und Praktiken in Bezug auf diese Szene



KIEZ-Mitglieder 1991 auf die Frage des IBIS nach einer örtlichen Hausbesetzerszene: »In Dessau gibt es keine »Szene.«<sup>48</sup> Erst 1992/93 entstand in Dessau-Nord ein *Alternatives Jugendzentrum (AJZ)*, welches sich als »Ort des Widerstands gegen rechte Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus«<sup>49</sup> verstand. Fischer sagt im Interview, die Initiatoren des AJZ seien erst später gekommen. Sie hätten vielleicht vorher mal im KIEZ »reingeschnuppert« und somit nicht aktiv mitgestaltet.<sup>50</sup>

Spätere Aktionen von IGS/KIEZ konzentrierten sich vor allem auf Straßenfeste, die mit Titeln wie »Wüstenfest im Stadtteilrest«<sup>51</sup> auf die Situation in der »Wüste« aus abgerissenen und verfallenen Häusern verwiesen. Das KIEZ existiert bis heute, seit 1991 als Verein. Selbsterklärtes Ziel war es in den 1990er Jahren unter anderem, das Stadtgebiet Dessau-Nord in seinen »baulichen und sozialen Strukturen« zu erhalten.<sup>52</sup> Außerdem galt es, die Desinformation der Bürger\*innen und den Ausschluss der Öffentlichkeit zu überwinden. Die Engagierten organisierten darüber hinaus Beratungen und eine Betroffenenvertretung und zielten auf Genossenschaftsmodelle, die Förderung der Sozialplanung und die Identifikation mit der Stadt.<sup>53</sup> Entsprechend des mannigfaltigen Beteiligungsangebotes heißt es in den fünf sogenannten *KIEZ-Thesen*<sup>54</sup> u.a., es gehe um das »Erlernen eigener Ansprüche und deren wirksame Umsetzung. Bewohner sollten eine Stimme bekommen.«<sup>55</sup>

Die IGS verlor sich laut Burghard Duhm »in unendlichen Satzungsdiskussionen und Wahlkämpfen grün-bürgerlich bewegter Gruppen und Parteien«, und ihre Akteure gingen im neuen Parteienspektrum auf.<sup>56</sup> Was er hier eher lakonisch beschreibt,

---

interessant sein, wenn etwa Jacob Nuhn für Dresden u.a. einen generationellen Unterschied und unterschiedlichen politischen Kontext aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen zwischen den originären Schwarzwohner\*innen und Hausbesetzer\*innen ausmacht (siehe dazu sein Projekt zu Räumen und Raumpraktiken der alternativen Szene(n) in Dresden und Wrocław 1987–2000, [www.geschichte.uni-bremen.de/?page\\_id=398](http://www.geschichte.uni-bremen.de/?page_id=398)). In diesem Zusammenhang wären auch potenzielle Parallelen bzw. verzögert einsetzende Effekte in Hinblick auf den naheliegenden Vergleich zwischen Ost- und West-Berlin sowie generell mit der westdeutschen Hausbesetzungsszene in den Blick zu nehmen. Dieses Projekt untersucht jedoch Formen politischer Partizipation anhand der Altstadtinitiativen als institutionell angebundene Vergemeinschaftungsformen. Da die Frage dabei lediglich einen Nebenschauplatz darstellt, wird dies hier nicht vertiefend thematisiert.

48 BI KIEZ, IBIS-Fragebogen, Dessau, 9.3.1991, RHG/IBIS 25, o. P.

49 Duhm, Nordquartier, S. 85.

50 Vgl. Interview mit J. Fischer am 20.11.2018, PrivArch Schröter.

51 Bauhaus Dessau (Hg.), Projektbericht 1989/90. Industrielles Gartenreich. Zukunft für die alte Industrieregion Mulde/Mittelbe, Dessau 1990, S. 14.

52 BI KIEZ, IBIS-Fragebogen, Dessau, 9.3.1991, RHG/IBIS 25, o. P.

53 Vgl. ebd.

54 Die Angaben, wann die Thesen aufgestellt wurden, variieren. Laut Jens Fischer entstanden sie bereits im Herbst 1989 im instand(be)setzten KIEZ-Haus und wurden bereits zu diesem Zeitpunkt bei einem der Straßenfeste verlesen. Vgl. Jens Fischer, Vom Untergang, in: KIEZ e.V., Dokument KIEZ, Vereinsarchiv KIEZ e.V., Fürstenwalde 1995, S. 22f. Überschriften wie »Was die aus dem Osten wieder kosten« weisen jedoch auf die im I. Bauhausbrief datierte Veröffentlichung der Thesen im Juni 1990 hin, als auch das oben genannte »Wüstenfest im Stadtteilrest« stattfand. Vgl. Fünf K.I.E.Z.-Thesen Juni 1990, in: Projektgesellschaft mbH am Bauhaus Dessau, I. Bauhausbrief.

55 Fischer, Vom Untergang, S. 23.

56 Vgl. Duhm, Nordquartier, S. 86; Duhm, Interessengemeinschaft.

zeigt vor allem die vielfältigen Optionen der postsozialistischen Gesellschaft, sich politisch zu engagieren. 1991 bestand die IGS noch. Gleichzeitig fungierten aus der IGS heraus Fischer, Duhm und ein weiterer Engagierter, der zu dieser Zeit beim städtischen »Kulturamt« und somit auf Verwaltungsebene tätig war, als Ansprechpartner für das KIEZ. Duhm war zu diesem Zeitpunkt außerdem bereits Mitglied der »Ost-Grünen«. Dies traf auch auf das IGS-Mitglied Guido Fackiner zu. Er sagt rückblickend, die Hauptwurzel der Dessauer Grünen liege in der IGS. Gleichzeitig waren z.B. Fischer und Fackiner in einer Bürgerinitiative engagiert, die sich über Jahre mit der Verkehrsplanung zulasten der Gründerzeitbebauung in Dessau-Nord beschäftigte. Allein anhand dieser drei Protagonisten wird deutlich, wie vielfältig IGS-Mitglieder durch weiteres Engagement und Partizipation in Initiativen, Projekten und Parteien lokal in das politische Leben hineinwirkten.

## Fazit

Die IGS bot durch ihre Anbindung an staatliche Organisationsformen wie Jugendclubs bzw. den Kulturbund jeweils einen Raum der Vergemeinschaftung. Unter diesem Label konnte die Initiative mit Ausstellungen oder Festen öffentlichkeitswirksam agieren und das SED-Regime zu Reaktionen und Zugeständnissen drängen. Das MfS interpretierte die IGS-Aktionen 1989 als Aktivitäten »feindl.-negat. Personen«, die bemüht seien, »mit legalen Mitteln«<sup>57</sup> im Rahmen der IGS-Öffentlichkeitsarbeit »den gebotenen Handlungsraum auszutesten und für die Propagierung ihrer oppositionellen Ansichten zu missbrauchen«<sup>58</sup>.

Das Vorgehen der IGS in Dessau weist neben der Eingabentätigkeit weitere Parallelen zu anderen, ebenfalls vor dem Herbst 1989 entstandenen Initiativen auf. Im Prenzlauer Berg führten die Aktivist\*innen der Oderberger- bzw. Rykestraße ähnliche Zustandsanalysen an Häusern durch und konfrontierten die lokalpolitischen Entscheidungsträger mit ihren Anliegen. Auch in Schwerin wurde der Verfall durch eine Ausstellung dokumentiert und die Bevölkerung durch eine öffentliche Bekanntmachung der Abrisspläne informiert. Dies geschah ebenfalls in Erfurt, wo in einem Gästebuch ebenfalls Meinungsäußerungen von Anwohner\*innen gesammelt und 1989 ein Abrissstopp erreicht wurde.

Der IBIS-Vertreter Ulf Heitmann war in den 1990er Jahren Vorstandsmitglied des Informations- und Beratungsinstituts für Bürgernahe Stadterneuerung. Er machte in einem Oral History-Interview die 8. Baukonferenz in der DDR<sup>59</sup> von 1985, auf der zunehmend auf den Abriss von Altbauten fokussiert worden sei, als Anlass für die Formierung von stadtentwicklungspolitischen Initiativen in den betroffenen Gebieten aus.<sup>60</sup>

57 Einschätzung zur operativen Lage unter jungen bzw. jungerwachsenen Personenkreisen, Dessau, 1.11.89, BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 234, Bl. 21–28.

58 Vortrag zur KEL-Sitzung am 28.9.1989, Dessau, 27.9.1989, BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 240, Bl. 384–389.

59 8. Baukonferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR, Berlin, 13. und 14. Juni 1985.

60 Vgl. Interview mit U. Heitmann am 11.7.2018, PrivArch Schröter.

Diese Beobachtungen markieren somit einen deutlich früheren Anfangspunkt politischer Partizipation in lokalen Räumen in Ostdeutschland als das Jahr 1989.

Die Akteur\*innen der verschiedenen Initiativen gingen im Zuge des politischen Umbruchs häufig aktiv in die lokale (Stadtentwicklungs-)Politik oder entsprechende Verwaltungsämter. Sie setzten also ihr politisches Engagement fort und gestalteten den unmittelbaren politischen Umbruch mit ihren Erfahrungen mit. Heitmann wies außerdem darauf hin, dass die frühen ostdeutschen Initiativen über den Abrisstopp und alternative Planungs-Angebote hinaus »gesamtpolitisch« agierten. Wie die WBA-Initiative und auch die IGS/KIEZ-Initiative hätten sie dabei »den Stadtraum« und »die Quartiersentwicklung im Ganzen« im Blick gehabt.<sup>61</sup> Ihnen sei es im Vergleich zu später entstandenen Initiativen nicht nur um Einzelprojekte, »sondern eben auch soziale Zusammenhänge im Ganzen und eben nicht bloß irgendwie so ein Grundstück« gegangen.<sup>62</sup> Die partizipatorisch und auf die soziale Gestaltung ausgerichteten Politikvorstellungen, die sich seit Mitte der 1980er Jahre herauskristallisiert hatten, blieben prägend für die politische Ausrichtung in den 1990er Jahren.

Die stadtentwicklungspolitischen Gruppierungen wie in Dessau organisierten sich gegen den Abriss in den Städten. Sie agierten oft explizit systemimmanent, weiteten dabei jedoch in Aushandlungsprozessen mit den Herrschenden die Grenzen des Sag- und Machbaren aus. Sie durchbrachen den vom Regime markierten Manövrierrahmen für eine rituelle Beteiligung der Bevölkerung und griffen in den politischen Willensbildungsprozess ein. Nicht etwa im gesellschaftlichen Abseits, sondern im Rahmen einer offiziell legitimierten Teilöffentlichkeit trugen sie Informationen zusammen und nutzten die jeweilige staatliche Organisation, um Öffentlichkeit herzustellen und aktiv am politischen Diskussionsprozess teilzunehmen. Sie informierten und mobilisierten Teile der Bevölkerung, erzwangen den Dialog mit kommunalen Vertreter\*innen und griffen erfolgreich in den Planungsprozess ein. Sie agierten und partizipierten im Spannungsfeld der vorherrschenden Doppelkultur<sup>63</sup>, aber auch im unmittelbaren politischen Umbruch 1989/90 und teilweise darüber hinaus. Wenn auch mit modifizierten Ausrichtungen blieb ihr grundsätzliches Engagement auch unter den gesamtdeutschen Bedingungen erhalten. Es zog sich als ein zivilgesellschaftlicher Faktor durch die lange Geschichte der »Wende« in Ostdeutschland.

Gruppierungen wie die oben skizzierten zeigen, dass Einwohner\*innen der DDR bereits im Laufe der 1980er Jahre als »Bürger\*innen« mit bürgerlichen Rechten im Schatten der offiziellen Zielkultur auftraten. Im Rahmen der zeithistorischen Erforschung des Transformationsprozesses über die Zäsur 1989/90 hinweg entstehen vermehrt Diskussionen um die Verwendung von Begriffen wie »Zivilgesellschaft«, »Demokratie« und auch »Partizipation«, die von den analytischen und idealtypischen Maßstäben westlicher Definitionen geprägt sind.<sup>64</sup> Nada Boskovska u.a. plädierten in Hinblick auf das Thema Öffentlichkeit bereits dafür, »den Begriff seiner normativen

61 Vgl. ebd.; Heitmann, Manuskript, 1991, RHG/IBIS 23, Bl. 20.

62 Interview mit U. Heitmann.

63 Vgl. Wolfgang Bergem, Die Vergangenheitsprägung deutscher politischer Kultur und Identität, in: Gotthard Breit (Hg.), Politische Kultur in Deutschland. Eine Einführung, Schwalbach 2004, S. 47.

64 Rege diskutiert wurde dies u.a. im Rahmen des Workshops »Aufbruch in die Zivilgesellschaft? Formen lokaler politischer Partizipation in Ostdeutschland vor, während und nach der Friedlichen Revolution«, 4.–5. April 2019 in Berlin.

Konnotation zu entkleiden und ein dynamisches Begriffsverständnis zu Grunde zu legen.«<sup>65</sup> Übertragen auf den Begriff Partizipation bedeutet das, zunächst allgemeine Merkmale zugrunde zu legen. Als Partizipation wird insofern die »aktive Beteiligung« von Bürger\*innen, häufig in Organisationen, Gruppen, Vereinen etc. »an der Erledigung der gemeinsamen (politischen) Angelegenheiten«, speziell »die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Willensbildungsprozessen«<sup>66</sup> verstanden. Im Sinne eines dynamischen Begriffsverständnisses erweist sich die Verwendung auch vor dem Hintergrund, dass nicht nur die letzten Jahre unter dem SED-Regime, sondern auch eine Phase unter demokratischen Bedingungen untersucht wird, als konstruktiv. Initiativen wie die IGS agierten in einer Grauzone unter nicht-demokratischen Bedingungen, legten aber bereits hier partizipatives Verhalten an den Tag, welches demokratische Ansprüche markierte, und setzten ihr Engagement häufig auch nach 1989/90 fort. Verweisen diese Entwicklungen nicht auch auf Elemente des zivilgesellschaftlichen Engagements? Schließlich gilt dies als freiwillige, über private Interessen hinausgehende, (teil-)öffentlich wirksame und selbstorganisierte Vergemeinschaftung mit partizipatorischen Tendenzen. Im Sinne Konrad H. Jarauschs umfasst es zudem die Entstehung »gesellschaftlicher Räume, in denen sich Gruppen bilden konnten, um in Teilöffentlichkeiten eigenständige Politikalternativen zu entwickeln«.<sup>67</sup> Ob und inwiefern ihnen ihr Engagement Ende der 1980er Jahre etwa einen »Demokratisierungsvorsprung« brachte, beispielsweise in Hinblick auf eigeninitiativ organisiertes politisches Handeln, bereits bestehende Netzwerke, erprobte Strategien oder eine gewisse Erfolgserfahrung, wird noch zu klären sein. Um sich den Phänomenen jedoch nähern zu können, sind die verwendeten Termini in dem Bewusstsein ihrer tradierten Implikationen als Werkstattbegriffe dienlich. Sie gilt es weiterhin kritisch zu befragen und mit Blick auf die Entwicklungen in (post-)sozialistischen Gesellschaften auszudifferenzieren, um sie für eine langfristige und systemübergreifende Analyse nutzbar zu machen.

**Anja Schröter** war bis Juli 2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Zentrum für Zeit-historische Forschung und ist nun wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Robert-Havemann-Gesellschaft.

E-Mail: [anja.schroeter@havemann-gesellschaft.de](mailto:anja.schroeter@havemann-gesellschaft.de)

---

65 Boskovska/Strobel/Ursprung, Einleitung, S. 13.

66 Klaus Schubert/Martina Klein, Das Politiklexikon, Bonn 2006, S. 210; vgl. auch Bernhard Frevel, Demokratie. Entwicklung – Gestaltung – Problematisierung, Wiesbaden 2009, S. 64–66. Partizipation knüpft hier somit auch nicht an Mary Fulbrooks Label der »partizipatorischen Diktatur« an (dies., Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008), da Fulbrooks Interpretation den Eigen-Sinn der Akteure vernachlässigt; vgl. Thomas Lindenberger, SED-Herrschaft als soziale Praxis – Herrschaft und »Eigen-Sinn«. Problemstellung und Begriffe, in: Jens Gieseke (Hg.), Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, Göttingen 2007, S. 23–47.

67 Konrad H. Jarausch, Aufbruch der Zivilgesellschaft: zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989, in: Totalitarismus und Demokratie 3 (2006) 1, S. 25–46, hier S. 31.